

Perspektiven für den Kosovo

1.

Vor einem halben Jahr hatte ich für den Kosovo die folgende, in der Region heftig kommentierte Prognose abgegeben: wenn nicht rasch politische Lösungen für die gesamte Region umgesetzt werden, dann läuft Kosovo Gefahr, entweder ein „Failed State“ zu werden, also ein dysfunktionales, wenig anerkanntes und nicht handlungsfähiges politische Gebilde, oder ein „Rogue State“, ein Schurkenstaat, diesmal mit internationaler Hilfe gegründet. Heute sind wir nicht sehr viel weiter, und die Situation sieht ohne Beschönigung etwa so aus:

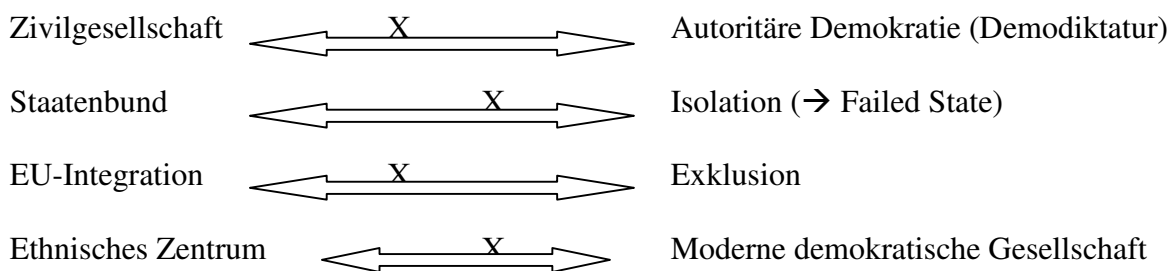
- die Internationale Staatengemeinschaft (IGS) ist sich weder im klaren darüber noch einig, wie die Statusfrage für den Kosovo gelöst werden soll. EU, NATO, Kontaktgruppe, USA, UNMIK und UN Sicherheitsrat schieben die harten Propositionen – Unabhängigkeit oder bedingte Unabhängigkeit oder Verlängerung des internationalen Protektorats – vor sich her, obwohl es wohl zu diesen drei Optionen keine weiteren Alternativen gibt. Die Haltung Russlands beim Sicherheitsrat ist nicht hinreichend bekannt, ohne dieses Gremien ist aber keine Regelung möglich.
- Der „Preis“, der an Serbien-Montenegro gezahlt werden muss, um die völkerrechtlich dauerhafte Ablösung des Kosovo aus dem Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawien zu befestigen, ist unklar. Im Gespräch sind Schuldenerlass, Annäherung oder Zugang zur EU, Wirtschaftshilfe.
- Die Teilung des Kosovo am Ibar ist von allen Akteuren tabuisiert. Aber wie mit dem Norden, der praktisch „serbisch“ ist, und mit den Enklaven und Kulturgütern (Klöster!) umzugehen sein wird, ergibt sich aus der Unabhängigkeitsoption der albanischen Kosovaren nicht.
- Auch die endgültige Frage, ob und wie Kosovo eine eigene Armee haben soll und wird, ist nicht geklärt.
- Die Wirtschaft stagniert, die Privatisierung des sozialen Eigentums ist weitgehend gescheitert, nachhaltige soziale Sicherung ist nicht stabilisiert.
- Nach wie vor wird der Konflikt von der ISG als *ethnischer* geführt. Identitätskonflikte sind meist nicht regelbar.
- Ob und wie das anstehende Referendum über die Unabhängigkeit von Montenegro, die prekäre Grenze zu Mazedonien, die Korruption und das organisierte Verbrechen die Statusentscheidung beeinflussen, kommt erschwerend hinzu.

Von den letzten Plänen und Programmen sollte man den Amato-Report und das Brainstorming des ESI beachten. Letztlich haben sich die meisten Analysen und Einschätzungen in letzter Zeit nicht produktiv verändert: die Stagnation seit der Ermordung von Djindjic und den Gewalttaten vom Frühjahr 2004 provoziert Ungeduld bei den albanischen Kosovaren und erleichtert den nationalistischen Agitatoren auf allen Seiten, die Situation zu destabilisieren. Einzig der UNMIK-Chef Jessen Petersen ist den Aufgaben seines Mandats besser als seine drei Vorgänger gewachsen. Die Verhandlungssituation zwischen UNMIK und Belgrad ist aber nicht sehr agil, die Selbstverwaltung im Kosovo (PISG) ist eher das Beispiel für die „Failed State“- These.

2.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist es am wahrscheinlichsten, dass demnächst eine vage Einigung über eine „bedingte Unabhängigkeit“ (*conditioned independence*) erfolgen wird und dass die Übergangsverantwortung von den UN auf die EU übergehen wird. Das Protektorat steht in einem Prozess der Staatenbildung (*state building*), und nicht des geläufigen *nation building*. Wenn es einen neuen Staat geben wird, dann wird es ein *ethnischer Volksstaat* werden, und kein traditioneller Nationalstaat.

Es liegt sicherlich auch an der Beschränktheit des Abkommens von Dayton 1995, das Kosovo nicht einbezogen hatte, dass ein frühes Lösungsszenario unterblieben ist. Wenn wir „a-historisch“ argumentieren und uns die derzeitigen Konfliktlinien vergegenwärtigen, dann gibt es vier Polarisierungen, die nicht notwendig miteinander gekoppelt sind:



Wo die einzelne Situation sich jeweils „befindet“ (X), ist gegenüber den drei anderen Situationen kontingent.

Zivilgesellschaft markiert den Pol, der sicherlich auch durch Fehler im UNMIK-Konzept versäumt wurde: Institutionen und Strukturen haben für die kosovarische Bevölkerung niemals hinreichend Eigentümerschaft, Bürgerschaftlichkeit, Zivilcourage, ausgebildet; man wollte vielmehr eine Adaption der westlichen Vorstellungen von einer schnellen Staatsbildung erreichen, ohne die Bedingungen einer Nachkriegszeit genau in Betracht zu ziehen und die intervenierende Akteursrolle der ISG zu beachten. So, wie die derzeitigen Parteiführer des Kosovo sich durch formal demokratische Wahlen legitimieren, steht am anderen Pol zu befürchten, dass eine *autoritäre Demokratie* oder gar eine Demodiktatur, wie in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion vorherrschend, entstehen könnte.

Wird Kosovo in einem *Staatenbund* eingebunden sein, was vom Arbeitsmarkt und von der sozialökonomischen Isolierung geboten wäre? Wieweit kann sich die ISG „leisten“, einen „Failed State“ zu bezahlen und zu subventionieren, ohne ihm eine verhandelbare „Gestalt“ zu geben. Isolation bedeutet Marginalisierung. Hier gibt es sicher einen Bezug zur nächsten Polarität:

Wird Kosovo realistische Beziehungen zur oder gar *Integration in die EU* erfahren? Realistisch heisst, dass diese Perspektive über das Versprechen von ökonomischer Besserung der Lage hinausgeht. *Exklusion* würde dem ohnedies wachsenden nationalistischen Isolationismus der Region Vorschub leisten.

Wenn Kosovo das *ethnische Zentrum* der kosovarischen Albaner (einem ethnischen Konstrukt) wird, dann ist das ein später Sieg der ethnischen Separation, der ja Dayton BiH auch fatalen Vorschub geleistet hatte. Die Alternative als demokratische Gesellschaft kann nicht genau benannt werden, weil sie das Produkt eines offenen Prozesses sein müsste: was bedeutete, dass die Aufklärung wirksam eingeführt werden müsste, wo sie zusammen mit der

Entmythologisierung der Vergangenheit und damit die Perspektive von Zukunft eröffnen dürfte. Es muss auch uns im Westen darum gehen, die fatale unbewusste Trennung in den guten westlichen Nationalismus und den schlechten, östlichen Nationalismus aufzuheben, um der Fortsetzung des Gerüchts über den Balkan, dem Balkanismus, nicht weiter Vorschub zu leisten (Vgl. Todorova, Ugresic).

3.

Im Kosovo haben die viel zu frühen Wahlen nur die Strukturen legitimiert, die weitgehend – natürlich nicht vollständig – mitverantwortlich für die Art des Konflikts, bis zum blutigen Krieg hin, zeichnen. Es hat keinen Elitenwechsel gegeben, er wurde nicht angestrebt, die Verwerfungen in der Familienstruktur, in den Religionen, in den Alltagsritualen und zerstörten lebensweltlichen Anhaltspunkten werden nicht Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzungen.

Das Vertrauen in die Institutionen konnte sich nicht entwickeln. UNMIK hat mit dem kurzichtigen Konzept *Standards before Status* deutlich gemacht, dass die Kosovaren (Mehrheit und Minderheiten) zuerst die Mittel gebraucht hätten, um Standards zu verantworten, bevor sie diese einführen könnten: also Geld anstatt untragbarer ideologischer Bürden etwa im Bildungs- und Justizsystem. Die ISG, UNMIK und KFOR haben zuerst ihre robusten Mandate zögerlich, timid ausgeübt, und dann eher hilflos eine Art von politischer Duldungsstarre eingenommen.

4.

Das klingt alles sehr pessimistisch und hoffnungslos. Es muss keineswegs so werden, aber damit es sich nicht so entwickle, wie wir befürchten müssen, sollte schnell ein zusammenhängendes Konzept in die Bedürfnisse und Wahrnehmungsfähigkeiten der Betroffenen übersetzt werden; Kosovo kann nicht über eine Einigung auf der *Systemebene* unabhängig werden, sondern nur, wenn dieses Systemebene mit der *Lebenswelt* verknüpft wird.

Meine Aufgabe in dieser kurzen Darstellung war es nicht, ein umfassendes Szenario ausdifferenzieren. Ich habe mich auf die Kategorien beschränkt, die jetzt in der Diskussion entfaltet werden müssen.